

## **2 Die Analyse der chinesischen Politik: Annäherungen an das „chinesische Modell“**

Die politikwissenschaftliche Chinaforschung widmet sich der Kategorisierung sowie der Frage der Transformations- und Demokratisierungswege der VR China. Auf der zeitlichen Achse wird die maoistische VR China (1949-1976/1978) als totalitäres System eingestuft, welches seit der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik (1978) eine Umstrukturierung in Richtung autokratischer Systemstrukturen durchläuft. Zumeist werden die Begriffe Totalitarismus und Autoritarismus als Klassifizierungskategorien keiner konkreten definitorischen Ausdifferenzierung unterzogen. Dies führt dazu, dass die VR China pauschal der Gruppe der Autokratien, in welcher sich auch afrikanische Entwicklungsregime und arabische Staaten befinden, zugerechnet wird, sie jedoch Entwicklungsmuster aufweist, die von denen dieser anderen Autokratien merklich abweichen. Um Aussagen über die Existenz von Governance-Modellen im chinesischen Kontext treffen zu können und somit die Theoriebildung zum chinesischen Modell um eine neue Dimension zu erweitern, ist an dieser Stelle zunächst eine rückblickende Bestandsaufnahme der Forschungsergebnisse zum politischen Modell der VR China erforderlich. Das folgende Kapitel beleuchtet die Grundtendenzen der modernen Chinaforschung, ihre Kategorisierungskriterien (strukturelle Dimension) und die mit diesen verbundenen Transformationshypothesen (prozedurale Dimension).

### **2.1 Tendenzen und Orientierungen der internationalen Chinaforschung**

Die „internationale“ Chinaforschung lässt sich in drei Entwicklungsphasen einteilen, deren Ansätze und Forschungsschwerpunkte durch die innenpolitischen Veränderungen in der VR China, Positionsveränderungen derjenigen Staaten, aus deren Perspektive die Analyse erfolgt(e), und nicht zuletzt auch durch die

internationalen Konstellationen bedingt sind. Exemplarisch ist diese Entwicklung für die US-amerikanische China-Forschung dokumentiert worden (Harding 1984; Harding 1994; Perry 1994).<sup>9</sup> Vertreter der ersten Generation der US-amerikanischen Chinaforschung (u.a. Lewis 1963; Barnett 1967; Townsend 1967; Schram 1966; Vogel 1969) verfassten Übersichtsstudien zum politischen System, der historischen Entwicklung der VR China oder aber Biographien zu den zentralen Führungspersönlichkeiten. Dabei gingen sie weitgehend deskriptiv historisch vor und verzichteten zumeist auf komparative Analysen des chinesischen Modells (vergl. Harding 1984: 287). Die Konstellationen des Kalten Krieges und der Systemantagonismus zwischen Kapitalismus und Sozialismus determinierten hierbei nicht nur die Wahl der Themenfelder, sondern auch die Einstufung des chinesischen Modells (Perry 1994: 704).

Die zweite Generation der China-Analysten sah sich mit den Ereignissen der Kulturrevolution (1966-1976) konfrontiert, die sich nur bedingt mit den Darstellungen und Ergebnissen der Studien der ersten Forschergeneration in Übereinstimmung bringen ließen. Das zuvor als monolithisch abgeglichene Modell des chinesischen Partei-Staats wurde aufgebrochen. Beleuchtet wurden vermehrt die innerrelitären Entscheidungsfindungsmechanismen, Konflikte und Machtkämpfe innerhalb der Parteistrukturen, sowie die Rolle des Militärs. In die Analyse wurden zunehmend auch die Strukturen und Prozesse jenseits der Ebene des Zentralstaates eingebunden. Darüber hinaus zeichnete sich eine Verschiebung von institutionell-prozeduralen Analysemodellen hin zu sozio-psychologischen Erklärungsansätzen ab (vergl. Harding 1984: 295-296). Die hierzu vollzogene Übertragung von Annahmen der westlichen Sozialwissenschaften auf die Analyse der VR China galt jedoch nicht als unumstritten (vergl. u.a. Tang, Tsou 1969: 655-691). Hinzu kam das Problem, dass nur sehr wenige Materialien und Quellen für die Analysen zur Verfügung standen. Oft stützten sich die Studien auf die Darstellungen der Roten Garden und waren damit alles andere als ausgewogene,

---

9 Als Wegbereiter der modernen deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Analyse der VR China gilt Jürgen Domes (1932-2001): 1960 Promotion bei Dolf Sternberger über das Oppositionsverhaltens des deutschen Parlaments, 1967 Habilitation über die Herrschaftsmethoden der GMD, 1975 Professor an der Universität des Saarlands. Neben Übersichtswerken zur chinesischen Politik in der Mao-Ära (Domes 1965; 1971) sowie dem Wandel der Politik nach dem Ende der Kulturrevolution (Domes / Nāth 1975) und dem Tod Mao Zedongs (Domes 1979) hat Domes zusammen mit Nāth auch eine Einführung in die chinesische Außenpolitik vorgelegt (Domes / Nāth 1972).

Eine rückblickende Bewertung und Fortsetzung der von Domes initiierten politikwissenschaftlichen Chinaforschung findet sich mit dem Sammelband:

Sandschneider, Eberhard (ed.) (1999), *The Study of Modern China*. London: Hurst.

kritisch-analytische Betrachtungen der kulturevolutionären Politik. Nicht zuletzt führte dies dazu, dass die VR China – dem chinesischen Anspruch auf Partikularität und Abgrenzung vom sowjetischen Sozialismus folgend – als Sondermodell aufgefasst und somit isoliert betrachtet wurde (vergl. Harding 1984: 298).

Die Studien der dritten Generation von Chinaforschern, die in der post-maoistischen Phase entstanden, versuchten, die „Fehler“ der frühen Chinaforschung zu vermeiden, indem sie einerseits eine Vielzahl von Materialien und Quellen auswerteten und Interviews durchführten, sowie andererseits die sozialwissenschaftlichen Analysemodelle und Theoriebildungen nicht länger ohne kritische Überprüfung auf den chinesischen Fall anwandten (vergl. Harding 1984: 300). Im Zuge der Öffnungspolitik der VR China konnte die westliche Chinaforschung auf Archive und Dokumentationszentren zurückgreifen und in China Feldforschung betreiben, Kenntnisse der chinesischen Sprache vorausgesetzt (Perry 1994: 704).<sup>10</sup>

Die Studien der 1990er Jahre schließlich erweiterten das Forschungsspektrum noch weitergehend, indem sie von der Existenz einer Vielzahl von politischen Akteuren ausgingen und deren Interaktionen als Teilstrukturen des politischen Systems untersuchten (vergl. Harding 1994). Die Genese eines hybriden Wirtschaftssystems, das an die Stelle der maoistischen Planwirtschaft getreten war, und die Ereignisse von 1989, i.e. die Niederschlagung der Proteste auf dem Tian'anmen in Peking, avancierten zu zentralen Forschungsfeldern der Analyse der post-maoistischen VR China (vergl. Perry 1994: 704-706).<sup>11</sup> Ausgehend von Modernisierungs- und Transformationstheorien rückte die Frage nach der Beschaffenheit der Beziehungen zwischen Partei-Staat und Gesellschaft in den Mit-

---

10 Eine erste Bestandsaufnahme von Methoden und Forschungsagenden der modernen sozialwissenschaftlichen Chinaforschung liefert der Sammelband:

Carlsen, Allen / Gallagher, Mary / Lieberthal, Kenneth / Manion, Melanie (eds.) (2010), *Chinese Politics: New Sources, Methods, and Field Strategies*. New York: Cambridge UP.

Einen kurzen Überblick über Entwicklung und Stand der US-amerikanischen Forschung mit der Frage nach der methodischen und analytischen Professionalisierung der Chinaanalyse bietet: O'Brien, Kenneth (2011), „Studying Chinese Politics in an Age of Specialization“, in *Journal of Contemporary China* (2011) 20, 535-541.

11 Zu den wichtigsten Studien dieser Phase werden White (1993) und Solinger (1993) gerechnet, die sich mit der politischen Ökonomie der Reformprozesse nach 1978 auseinandersetzen. Während Solinger in ihrer Untersuchung von 1993 festhielt, dass die Entwicklungen in der VR China nicht zu der Formierung einer robusten Zivilgesellschaft geführt hätten und somit auch nicht automatisch eine Entwicklung nach dem Vorbild der Transformation der Sowjetunion oder der kommunistischen Staaten Osteuropas zu erwarten sei, prognostizierte White damals den Übergang von Totalitarismus über Autoritarismus hin zu einer umfassenden Demokratisierung der VR China (vergl. Perry 1994: 705-707).

telpunkt der Untersuchungen. Die Betrachtungen zu den sozio-politischen Implikationen der chinesischen Wirtschaftsreformen waren im Prinzip Teil der allgemeinen Diskussion über die zukünftige post-sozialistische Transformation der VR China.

Publikationen chinesischer Politikwissenschaftler in englischer Sprache – zu den ersten Übersichtsstudien zum Stand der politikwissenschaftlichen Forschung der VR China zählen die Vorlesungen von Zhao Baoxu (1983) – und an amerikanischen und europäischen Universitäten tätige chinesische Politikwissenschaftler der ersten oder zweiten Generation erweiterten die Forschungsliteratur um Einblicke in die zuvor ausgeblendete innerchinesische Debatte zum politischen System, den staatlich-zivilen Interaktionen und den Entwicklungsoptionen der VR China.<sup>12</sup> Hinzu kommen in jüngster Zeit von chinesischen und westlichen Chinaexperten gemeinsam editierte Sammelbände und nicht zuletzt das *Journal of Chinese Political Science* (vergl. White 2009: 229). Dieses hat in drei Ausgaben chinesischen wie westlichen Experten ein Forum zum Austausch über die Beschaffenheit der chinesischen Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert bereitgestellt. Neben kurzen, allgemeinen Bestandsaufnahmen (Deng, Zhenglai 2009; Guo, Sujian / Blanchard 2009; White 2009) wurden insbesondere die Fragen nach dem Umgang mit „westlichen“ Theoriemodellen (Yang, Guangbin / Li, Miao 2009; Jing, Yuejin / Wang, Guoqin 2009) und der Indigenisierung der Politikwissenschaft durch die Begründung einer „chinesischen“ Schule äußerst kontrovers erörtert (Wang, Shaoguang 2011a; Taylor 2011; Zhong, Yang 2011; Alpermann 2011). Das Referenzsystem, an dem das chinesische Forschungsfeld evaluiert wird, ist und bleibt dabei die US-amerikanische Politikwissenschaft (Taylor 2009; Rigger 2009).

Die politikwissenschaftliche Chinaforschung ist damit in den letzten Jahren in eine Phase der meta-theoretischen und transdisziplinären Selbstbetrachtung eingetreten. Erneut wird die Frage der Partikularität der politischen Kultur Chinas untersucht (u.a. Moody 2009). Dies hat direkte Implikationen für die Konzeption der Analysemodelle. Denn sollte sich die Einschätzung, dass die chinesische Kultur von der westlichen Entwicklung abweichende und einzigartige Elemente aufweist, durchsetzen, wäre eine Übertragung der im westlichen Kontext erstellten Modelle nicht ohne weiteres möglich. Die Herausforderung bestünde

---

12 White listet als zentrale Themen der politikwissenschaftlichen Chinaforschung die folgenden Felder auf (Stand 2009): Legitimität; politische Ökonomie; Strukturen und Funktionen der politischen Führungselite; Partizipation / Wahlen / Demokratie (bei White unter „political equality“ subsumiert) (vergl. White 2009: 229-251).

dann aber darin, die Essenz der politischen Kultur der VR China zu erfassen und in eine abstrahierbare Modellbildung zu überführen, die wiederum Vergleiche und Parallelen zwischen der Entwicklung der VR China und der westlichen Staatenwelt erlauben würde.

In indirektem Zusammenhang mit der Frage nach partikularen und universellen Zügen der chinesischen politischen Kultur steht die Problematik der Vereinbarkeit der Methodologie, Theoriebildung und der Interpretationsmuster der chinesischen und der internationalen Forschung zur chinesischen Politik. Die Tatsache, dass die erste Phase der nach 1978 wiederbegründeten chinesischen Politikwissenschaft durch die Rezeption der westlichen Theoriemodelle geprägt war, bedeutet noch nicht, dass sich die chinesische Forschung an den internationalen Standard angeglichen und auf jedwede eigenständige Positionierung verzichtet hätte. Wie Jing Yuejin und Wang Guoqin in ihrer quantitativen Auswertung politikwissenschaftlicher Journals der 1980er Jahre nachgewiesen haben, wurden einige der methodologischen Ansätze der westlichen Politikwissenschaft lediglich in Übersichtsstudien vorgestellt und diskutiert, nur ausgewählte Methoden wurden auf die Analyse der chinesischen Politik übertragen – und hierbei oftmals eklektisch ausgelegt und im chinesischen Kontext modifiziert (Jing, Yuejin / Wang, Guoqin 2009: 299-315; Yang, Guangbin / Li, Miao 2009: 275-297).<sup>13</sup>

Gerade hinsichtlich der Frage der „chinesischen Charakteristika“ teilt sich die Gruppe der Chinaforscher in zwei Fraktionen, wobei die Trennlinie nicht national zwischen China und dem Westen, sondern zwischen Vertretern komparativer und struktureller Modellbildungen verläuft. Die Annahme einer essentiellen Diskrepanz zwischen Modellen der „chinesischen“ und der „westlichen“ Politikwissenschaft wird in der innerchinesischen wie auch der internationalen Debatte durchaus skeptisch betrachtet. Auch wenn es möglicherweise zur Ausprägung partikularer Strukturen im politischen System der VR China gekommen sein sollte, die sich der Standardmodellbildung der internationalen Politikwissenschaft entziehen, so warnen Vertreter der Vergleichenden Politikwissenschaft

---

13 Die Neubegründung der chinesischen Politikwissenschaft gilt weiterhin als noch nicht abgeschlossen, da das Feld von dem Konflikt zwischen Indigenisierung und Internalisierung, Methodenpluralismus und Einheitsmodellbildung, Theorierezeption und Theorieinnovation geprägt ist. Mit ähnlichen Fragen und Entwicklungsproblemen hatte sich auch die „westliche“ Politikwissenschaft auseinanderzusetzen. Für eine Diskussion der entsprechenden Debatten der US-amerikanischen politikwissenschaftlichen Forschung und den sich hieraus ergebenden Empfehlungen und Orientierungsmöglichkeiten für die chinesische Politikwissenschaft vergl. Rigger (2009: 369-382) sowie Taylor (2009: 357-367).

davor, eine exklusiv auf den chinesischen Sonderfall zugeschnittene Terminologie und Modellbildung einzuführen. Vielmehr wird gefordert, dass die als „partikular“ identifizierten Phänomene in Teilmodellen zerlegt oder auf höhere Abstraktionsebenen gehoben werden sollen, die eine komparative Analyse zwischen den Strukturen der VR China und anderen Staatensystem ermöglichen (vergl. u.a. Zhong, Yang 2009: 335-342; Alpermann 2009: 343-356). Chinaforscher, deren Studien sich auf die historischen und kulturellen Eigenarten des chinesischen Partei-Staates fokussieren und diese in der „westlichen“ Modellbildung nur bedingt berücksichtigt sehen, verteidigen hingegen den Anspruch, eine „chinesische“ Theoriebildung im Bereich der Politikwissenschaft aufzustellen, gegen den Vorwurf der „Unwissenschaftlichkeit“ und des „Exzeptionalismus“. Vielmehr sehen sie in der Konzeption aus der chinesischen politischen Praxis abgeleiteter Modelle durchaus eine Bereicherung für die internationale Politikwissenschaft (u.a. Deng, Zhenglai 2009: 331-334; Taylor 2009: 365-366).<sup>14</sup>

## 2.2 Systemstrukturen: Totalitarismus / Autoritarismus

Die Kategorisierung der chinesischen Politik erfolgt zumeist durch die Klassifizierung der Systemstrukturen. Während die maoistische VR China als totalitäres System eingestuft wurde, werden die gegenwärtigen Strukturen dem Autoritarismus zugeordnet.

Nach Friedrich zeichnen sich totalitäre Regime durch eine totalitäre Ideologie und umfassende Kontrollinstrumente aus, die insbesondere die Bereiche der Massenmedien, der Kampfmittel / Militär und der Ökonomie umfassen. Charakteristisch ist zudem ein Ein-Parteien-System, welches dieser totalitären Ideologie folgt und an dessen Spitze eine einzelne Führungsperson, der „Diktator“, steht

---

14 Wilson dokumentierte 1989 die Strukturen der chinesischen Politikwissenschaft gestützt auf seine Lehrerfahrung an der Peking Universität und kam zu dem Schluss, dass die chinesische Forschung und Lehre von den Vorstellungen und Modellen der internationalen Politikwissenschaft weit entfernt seien, da keine Übernahme der „westlichen“ Modelle stattgefunden habe, sondern weiterhin marxistisch-leninistische Konzepte die Debatte dominierten (Wilson 1989: 375-381). Studien zum Stand der Politikwissenschaft in der VR China der 1980er (Ogden 1982; Brugger 1986) dokumentieren generell eine methodisch-empirische Rückständigkeit des chinesischen Forschungsfeldes. Der Tian'anmen-Zwischenfall führte nach 1989, wie der damals an der Peking Universität tätige Politikwissenschaftler Mark P. Petracca festhielt, zudem erneut zu starken Einschränkungen und Kontrollen im Bereich der sozialwissenschaftlichen Lehre und Forschung (Petracca 1990).

(Friedrich 1969: 126)<sup>15</sup>. Linz wiederum verweist darauf, dass die reale Ausgestaltung totalitärer Herrschaft eine stärkere Differenzierung der Klassifizierungsmerkmale erfordert, welche die Varianz der Systemtypen angemessen widerspiegelt:

*„1. There is a monistic but not monolithic center of power, and whatever pluralism of institutions or groups exists derives its legitimacy from this center, is largely mediated by it, and is mostly a political creation rather than an outgrowth of the dynamics of the preexisting society.*

*2. There is an exclusive, autonomous, and more or less intellectually elaborate ideology with which the ruling group or leader, and the party serving the leaders, identify and which they use as a basis for policies or manipulate to legitimize them. The ideology has some boundaries beyond which lies heterodoxy that does not remain unsanctioned. The ideology goes beyond a particular program or definition of the boundaries of legitimate political action to provide, presumably, some ultimate meaning, sense of historical purpose, and interpretation of social reality.*

*3. Citizen participation in and active mobilization for political and collective social tasks are encouraged, demanded, rewarded, and channeled through a single party and many monopolistic secondary groups. Passive obedience and apathy, retreat into the role of “parochials” and “subjects”, characteristic of many authoritarian regimes, are considered undesirable by the rulers.” (Linz 2000: 70)*

Diese Kategorisierung totalitärer Regime ist weitaus abstrakter als die Typologien, die im Zeitalter des Kalten Krieges entwickelt wurden. Drei Elemente – Ideologie; Partei und Massenorganisationen; Partei-Staat und Gesellschaft – werden als Ausgangspunkt der Typisierung von totalitären versus demokratischen Systemen gewählt. Im Mittelpunkt dieses Modells stehen nicht Repression und staatlicher Terror, sondern die Grundstrukturen und Interaktionsmechanismen des Regimes. Eine ganz wesentliche Feststellung besteht darin, dass der Staatsapparat als monistisch, nicht jedoch als monolithisch gesehen wird. Zudem geht Linz davon aus, dass auch totalitäre Regime Loyalität und Folgebereitschaft seitens der Bevölkerung einwerben müssen – sei es durch Ideologie, sei es durch eine vom Partei-Staat regulierte und kanalisierte Form der „Partizipation“ (Linz 2000: 70).

Die Grenzen zwischen totalitären und autoritären Regimen sind nicht immer eindeutig bestimmbar. Auch innerhalb eines totalitären Regimes können sich phasenweise Tendenzen der Liberalisierung und Pluralisierung abzeichnen. Dies

---

15 Als erstes Grundlagenwerk zu totalitären Regimen gilt weiterhin: Friedrich, Carl J. / Brzezinski, Zbigniew K. (1965), *Totalitarian dictatorship and autocracy*. New York: Praeger.

ist insbesondere infolge der Konsolidierung der revolutionär etablierten Herrschaft und der Bürokratisierung des Staatsapparates zu erwarten. In der postrevolutionären Phase der Regimekonsolidierung können durchaus Tendenzen in Richtung post-totalitärer oder bedingt autoritärer Strukturen auftreten (Lowenthal 1970: 114-115).

Autoritäre Systeme sind, nach Linz, im Unterschied zu totalitären Systemen als Idealtypus bestimmt durch einen begrenzten Pluralismus (*limited pluralism / limited monism*). Die Kontrolle über Medien, Ökonomie und militärische Macht ist eingeschränkt beziehungsweise fragmentiert. Politische Prozesse werden geleitet durch Ideen und Grundprinzipien, nicht durch eine in sich geschlossene und starre Ideologie (Linz 2000: 159).<sup>16</sup> Linz setzt dies in ein Drei-Achsen-Modell um, innerhalb dessen autoritäre Systeme in ihren Varianzen abgebildet werden können: Die x-Achse skaliert den Grad der Herrschaftsfragmentierung, indem die uneingeschränkte Machtausübung durch eine einzelne Partei als Nullpunkt des Systems gesetzt wird. In autokratischen Systemen können weitere Akteure auf die Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen (*single party, minor partner*), sowie korporatistische, bürokratisch-technokratische beziehungsweise militärisch-bürokratische Strukturen vorliegen (Linz 2000: 175). Auf der y-Achse wird der Grad der Partizipation vermerkt. Im Nullpunkt des Koordinatensystems, welches für den Totalitarismus in seiner Reinform steht, sind Partizipationsmöglichkeiten nicht vorgesehen. Im Übergang zu post-totalitären und autokratischen Strukturen hingegen finden sich Muster der kontrollierten Mobilisierung und kanalisierten Partizipation. Die z-Achse wiederum ermöglicht die Einordnung eines Systems zwischen den drei Schemata „umfassende, vereinheitlichte Ideologie“, „liberale Steuerung“ sowie der „Kontrolle durch Ideen und Grundprinzipien“ (Linz 2000: 175). Eine mögliche Kopplung zwischen dem Grad der Mobilisierung / Partizipation und der Konfiguration von Ideologie / Ideen lässt sich mit diesem dreidimensionalen Ansatz leider nur eingeschränkt nachweisen. In seinen allgemeinen Ausführungen hält Linz allerdings fest, dass autoritäre Regime einen verglichen mit totalitären Systemen geringen Mobilisierungsgrad aufweisen, da die Identifikation der Gesellschaft mit den Staatssystemen durch die Aufweichung des ideologischen Kanons abnimmt (Linz 2000: 161).

---

16 Linz führt hierfür die Unterscheidung zwischen „mentality“ und „ideology“ ein (Linz 2000: 162-165).

Nach der Modellbildung von Linz (2000) ist die post-maoistische VR China als autoritäres Regime einzustufen. Im Zuge der Professionalisierung des administrativen Apparates sind zentralstaatliche Aufgaben an untergeordnete Verwaltungsebenen ausgelagert worden. Strukturen der lokalen Selbstverwaltung (Dorfkomitees / Einwohnerkomitees in den urbanen Zentren) sind ausgebaut worden. Der Partei-Staat stützt sich auf den Austausch mit ausgewählten gesellschaftlichen Akteursgruppen. Die offizielle Ideologie der VR China ist in der post-maoistischen Ära durch die „Vier Grundprinzipien“ (Festhalten am sozialistischen Weg, der Führungsrolle der Partei, dem Marxismus-Leninismus / Mao-Zedong-Ideen / Deng-Xiaoping-Theorien, der demokratischen Diktatur des Volkes) erneut zementiert worden. Zugleich aber kommt es zu Abweichungen und Modifizierung des ideologischen Kanons, der dadurch in Grundprinzipien und Ideengebilde aufgebrochen und selektiv in die Herrschaftskonzeption der Reformära re-integriert wird. Eine umfassende zentralstaatliche Kontrolle über alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wird ebenfalls nicht länger praktiziert.

Das Spiel mit „demokratischen“ Elementen – Wahlen auf Graswurzelebene, Stärkung deliberativer Strukturen – fällt aus den Standardklärungsmustern indes heraus. Die VR China wird in der Forschungsliteratur zu Transformationsprozessen in der Regel ausgeblendet. Doch finden sich in der neueren Forschung durchaus Ansätze, die auch für den chinesischen Fall Erklärungskraft besitzen.<sup>17</sup> Angestoßen durch das von Carothers erklärte „Ende des Transitionsparadigmas“ (Carothers 2002) wurde die teleologisch-normative Dimension der Transitionstheorie einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen. Ergebnis derselbigen war die (späte) Einsicht, dass sich Staaten nur bedingt in das Schwarz-Weiß-Muster Demokratie versus Autokratie einstufen lassen und zumeist hybride Zwischenformen auftreten (Diamond 2002). Innerhalb der Transformationsforschung wurde daraufhin die Frage der Demokratisierung hinter der Typisierung und Ausdifferenzierung bedingt „autokratischer“ Systeme in der „Grauzone“ der Hybrid-Regime zurückgestellt.

---

17 Obzwar die Formulierung von Prognosen über die Entwicklung von politischen Systemen durch die post-sozialistischen Transformationsprozesse (1989/ 1991) und die ebenfalls nicht antizipierten Protestwellen in der arabischen Welt (2011) gewissermaßen in Ungnade gefallen sind, hat Bruce Gilley doch sehr plausibel nachgewiesen, dass in der China-Forschung viele Prognosemodelle rückblickend betrachtet durchaus richtig lagen – weshalb Aussagen über Entwicklungsoptionen der VR China nicht von der Forschungsagenda gestrichen werden sollten, da möglicherweise nur das Zeitfenster, innerhalb dessen die erwartete Entwicklung stattfindet, weiter gesteckt ist, nicht jedoch die Entwicklung als solche ausbleibt (Gilley 2005).

Gesondert betrachtet wurde in der Klasse der Hybrid-Regime bislang insbesondere das Modell des „kompetitiven Autoritarismus“. Dieser sieht elektorale Elemente und demokratische Prozesse vor. Zugleich aber wird postuliert, dass in der politischen Realität die Rechte der Herrschaftsunterworfenen permanent durch Interventionen der politischen Führung verletzt werden, die nicht demokratisch legitimiert ist. Levitsky und Way sehen in dem Modell des „kompetitiven Autoritarismus“ daher keine Spezialform der defekten Demokratie, sondern eine Aberration autokratischer Herrschaftsmuster (Levitsky / Way 2002).

### *2.2.1 Klassifizierung des chinesischen Hybrid-Modells*

Ähnliche Versuche einer Neubestimmung der Klassifizierungsmodelle der VR China finden sich mit dem Konzept des „konsultativen Leninismus“ (Tsang 2010) und der „deliberativen Autokratie“ (He, Baogang / Warren 2011).

Ausgangspunkt des „konsultativen Leninismus“ ist die Einschätzung, dass die VR China nach dem Tod Deng Xiaopings (1997) vom ursprünglichen Kommunismus abgerückt sei und lediglich das institutionelle, organisatorische Gefüge des leninistischen Partei-Staates weiter aufrecht erhalten, zugleich jedoch sehr flexibel ausgestaltet habe (Tsang 2010: 3). Nach Tsang ist dieses Modell geleitet durch das Bestreben der Partei, ihr Machtmonopol zu erhalten. Hierzu werden beständig Governance-Reformen durchgeführt, welche die Anliegen der Bevölkerung (potentielle Forderungen nach einer Demokratisierung eingeschlossen) prä-emptiv aufgreifen sollen (Tsang 2010: 6-7). Die Partei reagiert auf Veränderungen der Interessens- und Orientierungsmuster der Bevölkerung und unternimmt möglicherweise auch den Versuch, diese zu steuern (Tsang 2010: 10-11). Grundsätzlich verfolgt sie die Strategie, die Effizienz des Partei-Staates auszubauen und sich zusätzlich über materielle Anreize – die Beförderung und Wahrung eines anhaltenden Wirtschaftswachstums – und ideelle Motivationsfaktoren wie Nationalismus / Patriotismus zu legitimieren (Tsang 2010: 13-15). Durch die Analyse der öffentlichen Meinung, Rückkopplung mit Analysten und Einführung konsultativer Mechanismen wird die Responsivität des Systems erhöht. Im Grunde konkretisiert der „konsultative Leninismus“ das Modell der „authoritarian resilience“ (= Modell des flexiblen Autoritarismus) (Nathan 2003) für den chinesischen Fall. In eine ähnliche Richtung zielt das Modell des „deliberativen Autoritarismus“, wobei dieser zwar am Fallbeispiel der VR China abgeleitet wird, jedoch dem Anspruch nach eine allgemein gültige Unterkategorie autokratischer Herrschaftssysteme entwickelt wird (He, Baogang / Warren 2011).



<http://www.springer.com/978-3-658-00722-5>

Governance-Formen in China  
Theorie und Praxis des chinesischen Modells  
Noesselt, N.  
2012, XIII, 282 S., Softcover  
ISBN: 978-3-658-00722-5